

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen

betreffend „Nationale Umsetzungsstrategie zur Schulautonomie“

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Unterrichtsausschusses über die Regierungsvorlage (448 d.B.): Bundesgesetz, mit dem hinsichtlich ganztägiger Schulformen und der Bewegungsorientierung an Schulen das Bundes-Schulaufsichtsgesetz, das Schulorganisationsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz, das Bundesgesetz über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, das Schulunterrichtsgesetz, das Bundes-gesetz BGBl. I Nr. 9/2012 sowie das Hochschulgesetz 2005 geändert werden. geändert werden (461d.B.)

Mehr Schulautonomie ist ein guter Hebel, um die Qualität der österreichischen Schule und damit die Lernergebnisse der Schüler_innen zu verbessern. Denn sie **stärkt die engagierten, gestalterischen und konstruktiven Kräfte im Schulsystem**. Sie fördert und fordert vielfältige und selbstbewusste Schulen. Sie legt damit Potenzial frei, das wir nutzen können, um noch nachhaltiger und differenzierter als bisher die Kinder und Jugendlichen mit ihren Talenten und Bedürfnissen in den Mittelpunkt des Schulalltags zu stellen. Diese Meinung wird offensichtlich auch von direkt Betroffenen geteilt. So nahmen 1.460 Pädagoginnen und Pädagogen die Einladung der überparteilichen Initiative "Talente blühen" an und an einer Online-Befragung zum Thema Arbeitsalltag, berufliches Selbstverständnis und Schulautonomie teil. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Wunsch nach mehr Schulautonomie ist überwältigend. Die Lehrerinnen und Lehrer wünschen sich größere Gestaltungsspielräume in verschiedenen Bereichen. Die Ergebnisse im Detail finden sich unter http://www.talentebloeuen.at/lehrer_innenumfrage/. Auch von Seiten der Schüler_innenvertretungen gibt es klare Forderungen in Richtung mehr Schulautonomie. Hier kann beispielsweise auf einen offenen Brief der Schülerunion Wien an Frau Bundesministerin Heinisch-Hosek und die Bildungs- und Jugendsprecher der Parlamentsparteien verwiesen werden (<https://schuelerunionwien.wordpress.com/>). Alle sechs Parlamentsparteien sprechen sich für mehr Schulautonomie aus. Und wir begrüßen, dass auch die Bundesregierung unseren Standpunkt teilt. So wird im Regierungsprogramm für die aktuelle Gesetzgebungsperiode die Stärkung der Schulautonomie als definiertes Ziel ausgeschrieben. Auch in dem im September 2014 beschlossenen 6-Punkte-Programm findet sich explizit das Vorhaben, die Möglichkeiten für Schulautonomie auszubauen. Insgesamt gibt es einen breiten Konsens darüber, dass die Stärkung der Schulautonomie eine wichtige strategische Stoßrichtung darstellt, der sich die Bildungspolitik die nächsten Jahre zu widmen hat. In der Anfragebeantwortung 3146/AB zum Umsetzungsstand der im Regierungsprogramm festgelegten Maßnahmen im Bereich Bildung nimmt die Bundesministerin für Bildung und Frauen mehrfach Bezug auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Schulverwaltung – Effizienzen im Bildungssystem heben“, die u.a. im Schwerpunktbereich Schulautonomie eine thematische Aufarbeitung, Bewertung und Empfehlung zu erstellen habe. Wir begrüßen prinzipiell die Installation dieser Arbeitsgruppe, leider fehlen aber alle Informationen bezüglich Zusammensetzung, Zeitplan, konkreten Arbeitsaufträgen und angestrebten Ergebnissen.

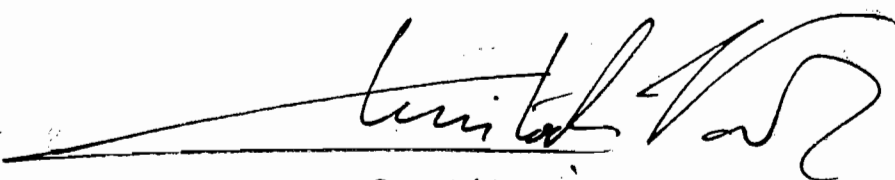

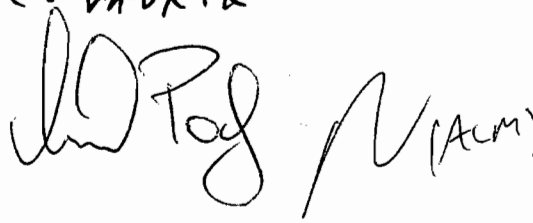
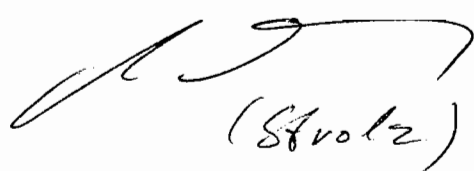
Insgesamt geht die Arbeit der „Bildungsreform-Kommission“ leider in einem unbefriedigenden Tempo, ohne inhaltliche Klarheit und ohne Zeitplan voran. Das Bekenntnis nach mehr Autonomie wird breit geteilt. Es braucht nun endlich entschlossene Schritte in Richtung Umsetzung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bis Dezember 2015 eine „Nationale Umsetzungsstrategie zur Schulautonomie“ vorliegt. Diese Strategie soll im Rahmen eines parteiübergreifenden Dialogprozesses entwickelt werden. Dazu muss ein professionell geleiteter Stakeholder-Dialog unter Federführung des Bildungsministeriums für Bildung und Frauen mit breiter Einbindung der Eltern- und Schüler_innenvertretung, Lehrer_innengewerkschaft, Parlamentsparteien, Bundesländer und Sozialpartner sowie unter Einbeziehung externer Expert_innen installiert werden."


C. VAUXIK

J. R. (WACH)

J. R. (ACM)

(Strolz)